

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	61. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. Mai 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

**Punkt 14 der Tagesordnung: Kostenlose Parkausweise für Hebammen
Antrag des Stadtrats Lüppo Cramer und der Stadträtin Margot Döring (KAL)
sowie der KAL-Gemeinderatsfraktion vom 10. März 2014**

Vorlage: 2014/0466

dazu:

Ergänzungsantrag der Stadträtinnen Gabriele Luczak-Schwarz, Isolde Haller, Christa Köhler, Bettina Meier-Augenstein und Karin Wiedemann, der Stadträte Johannes Krug und Dr. Thomas Müller (CDU) sowie der CDU-

Gemeinderatsfraktion vom 15. Mai 2014

Vorlage: 2014/0621

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Verweisung an den Sozialausschuss und Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich möchte zu dem, was wir als Antwort der Stadtverwaltung gegeben haben, noch ergänzen, dass eine möglicherweise relativ zügig umsetzbare Maßnahme wäre, dass wir die Hebammen in die Lage versetzen, den Handwerkerparkausweis der TechnologieRegion Karlsruhe zu bekommen, der ihnen dann nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in der ganzen Technologieregion ein solches Parken ermöglicht. Das kostet dann allerdings eben auch eine entsprechende Gebühr von 150 €. Also Sie sehen, wir versuchen mit dem Thema kreativ umzugehen und hier in Abstimmung mit den Umlandgemeinden auch eine Lösung zu finden.

Stadträtin Döring (KAL): Das mit dem Handwerkerparkausweis stand schon in Ihrer Antwort, und dass das etwas kosten soll auch. Das ist nicht das, was wir beantragt haben.

Der Grund für die rasanten Steigerungen der Berufshaftpflichtversicherungen für freiberufliche Hebammen ist nach Angaben der Kassen die bessere medizinische Versorgung,

die bei Geburtsschäden eine längere Lebenserwartung des Kindes, verbunden mit höheren Kosten nach sich zieht. Das ist zynisch. Da bleibt mir eigentlich die Luft weg, wenn ich diese Begründung in der Zeitung lese.

Es ist für mich auch verständlich, dass sich zusehends weniger Hebammen bereit erklären, Hausgeburten durchzuführen. Aber auch die Nachsorge nach der Geburt eines Kindes, die für viele, vor allem für neue Eltern, sehr wichtig ist, bleibt auf der Strecke, wenn es nicht genügend freie Hebammen gibt.

Jetzt hat sich im April d. J. der Hebammen-Verband an den Oberbürgermeister und die Stadtpolitik gewandt mit der Bitte, sich für die Sicherung der Hebammentätigkeit einzusetzen. Denn es geht nicht nur um Hausgeburten, sondern auch um frühe Hilfen, um die Präventionsarbeit für Familien, die durch Hebammen in der Stadt - ich rede jetzt nur für Karlsruhe - geleistet werden.

Wir von der Karlsruher Liste haben uns gefragt, wie das Anliegen unterstützt werden kann und was wir als ersten Schritt zur finanziellen Entlastung der Hebammen tun könnten, und haben aus diesem Grund einen kostenfreien Parkausweis beantragt. Denn Hebammen sind gerade in der Stadt auf Parkmöglichkeiten angewiesen, auf Parkmöglichkeiten in Wohnungsnahe, wo sie Hausbesuche machen. Die gibt es nicht immer und überall zum Nulltarif.

Nun will die Stadt nicht in das gleiche Horn stoßen wie die Kassen. Aber so richtig bekennen will sich die Verwaltung auch nicht. Parkausweisingenehmigungen können beantragt werden. Jetzt haben Sie ergänzt, sogar für die ganze Region. Aber nicht kostenfrei. Außerdem könnte man noch über weitere Vorschläge zur Unterstützung der freien Hebammen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diskutieren. Das ist unserer Ansicht nach nicht einmal mit halbem Herzen für die finanzielle Situation der Hebammen gekämpft. Wenn wir es ernst meinen - da hoffe ich auf die breite Unterstützung hier im Hause -, dann brauchen wir andere Konditionen. Gebührenordnungen kann man ändern, Ausnahmeregelungen sind immer denkbar. Also da ist sicher mehr Spielraum im Sinne unseres Antrags.

Vorschläge über eine zusätzliche Unterstützung der Hebammen bei der Versorgung der Mütter und Neugeborenen gehören auch in den Sozialausschuss. Denn dieses Thema betrifft wesentlich mehr als die Gesundheitsvorsorge.

(Beifall bei der KAL)

Punkt 2 unseres Antrags, die Prüfung, was an Unterstützung möglich ist, ist zugesagt. Allerdings hätten wir uns da schon konkretere Aussagen gewünscht.

Genauso wichtig ist uns aber Punkt 3 unseres Antrags. Wir wollen die Zusicherung, dass das Thema Zukunftssicherung des Hebammenberufes schnellstmöglich auch auf Landes- und Bundesebene ankommt, z. B. im Städtetag Baden-Württemberg oder im Deutschen Städtetag. Allein ist eine Änderung von rechtlichen Grundlagen nicht zu bewerkstelligen. Da braucht es Verbündete bundesweit. Wenn Karlsruhe jetzt hier schnell

agiert, kann es sich vielleicht wieder einmal eine soziale Vorreiterrolle auf die Fahnen schreiben.

Wir hoffen natürlich auch, dass die anderen Fraktionen und Einzelstadträtinnen und -stadträte unseren Antrag mittragen und somit auch hier eine breite Basis für den Vorstoß schaffen.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Ich darf noch darauf verweisen, dass neben dem Antrag der Karlsruhe Liste ein Ergänzungsantrag der CDU vorliegt.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Der Beruf der Hebamme ist einer der ältesten und wahrscheinlich auch einer der schönsten Berufe, den es gibt. Hier steht der Beruf der freien Hebamme tatsächlich auf der Kippe. Eigentlich ist die Bundesregierung gefordert, tätig zu werden. Aber auch wir hier in der Stadt haben Hebammen und benötigen sie. Daher kam der Antrag der Karlsruhe Liste uns gerade gelegen. Nur, mit kostenlosem Parken ist der Hebamme nicht gedient und ist dieses Problem auch nicht gelöst.

Wir sind daher sehr damit einverstanden, dass dies in den Sozialausschuss und in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit weitergegeben wird. Wir finden es sehr begrüßenswert, dass die Verwaltung sagt, dass sie unserem Antrag folgen wird und prüft und die Einrichtung einer Initiative in die Wege leiten möchte, wo sich der Kreis zusammen mit anderen Städten darum Gedanken macht, wie man die Hebammenversorgung der freien Hebammen weiter sichern kann.

Der Antrag der Karlsruher Liste ist sehr zwiespältig zu sehen. Wir haben hier nicht nur den Berufskreis der Hebammen, die kostenlos parken könnten, sondern wir haben gerade im Sozialbereich viele Institutionen, angefangen von Ärzten, Pflegehilfen usw., die diesen gleichen Anspruch haben könnten. Daher denke ich, dass wir dieses Thema ausführlich in diesen beiden Ausschüssen beraten sollten.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Die prekäre finanzielle Lage der Hebammen mit den steigenden Haftpflichtprämien wird aktuell auf allen Ebenen diskutiert. Es ist kein ganz einfaches Thema. Das ist schon angeklungen. Ich befürchte, dass wir hier auf kommunaler Ebene nur einen kleinen Teil zur Lösung beitragen können.

Der Bundesgesundheitsminister hat bereits signalisiert, dass er sich dieser Problematik annimmt. Da gibt es verschiedene Vorschläge, z. B. eine Begrenzung der Schadenshöchstgrenzen für Kranken- und Pflegekassen. Das kann ich mir nicht so richtig vorstellen, aber das war eine Sache, die diskutiert wird. Eine andere Version war, dass plötzlich die gesetzliche Unfallversicherung für diese Schäden aufkommt. So richtig kann ich mir das alles nicht vorstellen. Ich denke, im Endeffekt wird es darauf hinaus laufen, dass die Vergütung der Hebammen deutlich steigen wird, damit diese ihre Haftpflichtprämien zahlen können.

So zahlen letztlich wir alle durch unsere Krankenkassenbeiträge den Preis für die Amerikanisierung unserer Rechtssprechung mit exorbitant hohen Schadenssummen. Das ist etwas, was mich nachdenklich stimmt. Es ist keine Problematik nur der Hebammen. Es ist bei ihnen besonders augenscheinlich, weil es per se kein Beruf ist, mit dem man reich wird. Das haben sie gemein mit vielen anderen Berufen im Sozialbereich und Gesundheitswesen. Das ist schon ein bisschen angeklungen. Dieses Problem betrifft natürlich genauso auch die geburtshilflich tätigen Ärzte. Das ist eine andere Einkommensklasse, aber trotzdem ist natürlich auch bei denen die Haftpflichtprämie deutlich angestiegen. Genauso betrifft es all die Kliniken, die eine Geburtshilfe betreiben. Auch hier sind die Haftpflichtprämien deutlich hoch gegangen. Ich bin mir sicher, mancher Klinikgeschäftsführer würde auch ganz gern die Kosten für die Haftpflichtversicherung aussourcen, denn er könnte es damit auf die Allgemeinheit verteilen. Das ist das Geld, was letztlich bei der Krankenversorgung oder der Instandhaltung fehlt.

Ich bin weit abgedriftet. Das zeigt auch ein bisschen die Crux an diesem Antrag. Auf kommunaler Ebene lässt sich das Problem meiner Meinung nach nur zu einem sehr geringen Teil angehen. Das sollten wir aber trotzdem versuchen. Ich kann mir nicht so richtig vorstellen, Frau Döring, dass auch nur eine Hebamme jetzt weiter Geburtshilfe betreibt, nur weil sie einen Parkausweis von der Stadt Karlsruhe bezahlt bekommt. Das ist mit Sicherheit nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Im KAL-Antrag steht, "ein deutliches Signal". So kann man das verstehen, aber es ist mit Sicherheit nicht die Lösung für diese Problematik.

Punkt 2 und 3 des KAL-Antrags sind sicherlich sinnvoll. Hier sind wir auch mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden, dass das in gemeinderätlichen Gremien weiterberaten wird, einfach um sich Gedanken zu machen, wie wir als Kommune die Hebammen in ihrem wichtigen Beruf unterstützen und ihnen das Leben ein bisschen erleichtern können. Es ist auch von meinen Vorrednerinnen schon angeklungen, wie wichtig die Arbeit der Hebammen auch im sozialen Bereich ist, nicht nur bei der Geburtshilfe.

Der CDU-Ergänzungsantrag betont etwas mehr die interkommunale Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Das ist sicherlich auch sinnvoll. Insofern begrüßen wir die Weiterberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und gerne auch im Sozialausschuss.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Geiger (SPD): Zu der derzeitig prekären Situation von freien Hebammen steht das Wesentliche schon in der Antwort der Verwaltung und wurde hier schon mehrfach erwähnt.

Der SPD-Fraktion ist die schwierige Situation durchaus bewusst. Wir sind mit den Antragstellern einer Meinung. Die Stadt Karlsruhe muss alles, was kommunal getan werden kann, prüfen, um die Situation der freien Hebammen zu verbessern. Die SPD hat sich von Anfang an für die Einführung und danach für den Stellenausbau von Hebammen im Bereich Frühe Hilfen eingesetzt. Es gilt auch deren Situation mitzubedenken.

Allerdings muss genau geprüft werden, welche Art der Unterstützung seitens der Stadt möglich ist. Schon um den Gleichheitsgrundsatz bezüglich angedachter Ermäßigungen von Parkgebühren bzw. kostenloses Überlassen entsprechender Ausweise nicht zu verletzen. Es wurde auch schon öfters erwähnt.

Sich darauf zu verlassen, dass der Versicherer freiwillig auf hohe Versicherungsprämien zugunsten des Berufszweiges Hebammen verzichten würde, halten wir für ziemlich unwahrscheinlich. Eine in der Verwaltungsantwort angesprochene Veränderung der Vergütungsordnung ist zwar nicht Aufgabe der Kommune, sollte jedoch unbedingt auf Landes- oder Bundesebene besprochen und entsprechend angepasst werden. So viel ich weiß, war die letzte Landes Anpassung 2010. Es wäre also auch Zeit, hier etwas zu tun.

Denn eines ist doch klar: Wenn derart horrenden Prämienhöhen in keinem sinnvollen Verhältnis zum üblichen Einkommen stehen, sind offensichtlich die Gebührensätze für Hebammen zu gering kalkuliert, und es müssen die Risiken deshalb in den Gebührensatzungen deutlich besser berücksichtigt werden. Es wäre vor allem auch für den Sozialausschuss sehr wichtig, diese und alle Fragen und Überlegungen zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten, vor allem aber die in der Verwaltungsantwort angekündigten verschiedenen Vorschläge aus unterschiedlichen Kreisen kennenzulernen.

Deshalb bittet die SPD-Fraktion auch um Überweisung in den Sozialausschuss. Auf jeden Fall wird der Ergänzungsantrag der CDU, wie in der Antwort der Verwaltung angekündigt, umgesetzt werden. Für die SPD-Fraktion ist es vor allem wichtig, dass eine dauerhafte und verlässliche Lösung zeitnah gefunden wird, die die Existenz der freien Hebammen absichert und die Wahlfreiheit von werdenden Müttern, aber auch die Vor- und Nachsorge und die fachkundige Begleitung junger Familien sicherstellt. Schon um rechtzeitig auch im nächsten Doppelhaushalt das Mögliche aus kommunaler Sicht finanziell auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Hock (FDP): Die freien Hebammen haben Probleme und nicht zu wenig. Deshalb lassen Sie uns aus diesem Hause heute ein Zeichen setzen, indem wir den Antrag der KAL unterstützen. Meine Fraktion würde das gerne mitgehen, wobei man natürlich dazu sagen muss: Wir hatten hier in diesem Hause auch schon einmal über die Pflegekräfte gesprochen, wo meine Fraktion die Anfrage stellte, wie es denn bei den Pflegekräften mit der Parkgenehmigung aussieht. Aber wir sehen auf jeden Fall, dass wir den Hebammen hier entgegenkommen müssen. Der Antrag der CDU und die Antwort der Verwaltung darauf sind so in Ordnung. Den Antrag der KAL würden wir gerne mitgehen wollen und heute unterstützen in allen drei Punkten. Deshalb lassen Sie uns aus diesem Haus heraus ein klares Zeichen geben. Wir sind als Fraktion heute komplett für den Antrag der KAL.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Vielen Dank an die FDP. Das tut mir, tut uns sehr gut, denn die vielen anderen schönen Wortbeiträge haben in dieser Hinsicht für mich zumindest

klar gesagt: Nein, wir wollen keine Stellung beziehen, wir wollen das erst beraten. Die FDP springt unserem Antrag bei. Wir beantragen als politisches Signal die Abstimmung von Punkt 1 unseres Antrags, nämlich genau diese Kostenfreiheit der Parkausweise. Bei den beiden anderen Punkten sehen wir es auch so, dass die diskutiert werden. Wir gehen davon aus, dass der Weg, den wir uns vorstellen, dann auch beschritten wird. Aber dieses politische Signal nicht nur für die Hebammen, sondern auch als Willkommenskultur für Kinder, sehen wir ganz wichtig und möchten, wie gesagt, dass abgestimmt wird. Es geht nicht um irgendeinen Tropfen auf den heißen Stein, sondern es geht darum, Stellung zu beziehen.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich würde zu gerne zustimmen. Aber das ist eine Frage der Gleichbehandlung. Ist es denn überhaupt möglich, hier ein Signal in der Richtung zu senden, wenn es nachher heißt, es ist nicht rechtens? Deswegen sollte für mich die Frage geklärt sein, sonst kann ich nicht abstimmen.

Der Vorsitzende: Es ist von mehreren Parteien jetzt vorgeschlagen worden, dass wir das verweisen, und zwar sowohl in den Sozialausschuss als auch in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Da 1/5 des Gemeinderates eine solche Verweisung beantragen kann und sie dann auch erfolgen muss, wenn noch keine Vorberatung stattgefunden hat, würde ich das gerne so tun und jetzt nicht die Anträge aufsplitten in das, was wir jetzt hier abstimmen oder auch nicht.

Wenn Sie das auch so sehen, würde ich das gerne so handhaben. Ansonsten müsste ich Ihnen dringend abraten, diesen Punkt 1 mitzugehen, weil es aus meiner Sicht nicht sein kann, dass wir jetzt bei Gewerbetreibenden, die alle wichtig sind, zwischen notleidenden und nicht notleidenden unterscheiden, und weil es aus meiner Sicht auch völlig klar ist, dass wir der Situation der Hebammen in keiner Weise eine wirklich grundlegende Verbesserung verschaffen, wenn wir jetzt nur für eine Berufsgruppe das kostenlose Parken einführen. Ich würde dringend davon abraten, einen solchen Weg zu gehen.

Insofern würde ich Ihnen wirklich vorschlagen: Lassen Sie uns das in die beiden Ausschüsse verweisen. Wir haben unterschiedliche Kontaktflächen mit den Hebammen. Das eine ist der Gesundheitsbereich. Der macht diese hohen Prämien. Das andere ist der Sozialbereich. Da kann man über Entgeltsysteme zu den Frühen Hilfen diskutieren. Insofern macht es an beiden Stellen Sinn. Aber hier jetzt darüber abzustimmen, könnten Sie auch verhindern. Sie haben es ausreichend beantragt. Ich könnte es auch einfach selbst verweisen. Aber ich würde Ihnen vor allem auch inhaltlich dringend davon abraten.

Dann würden wir es so verweisen.

Stadtrat Cramer (KAL): Wir wollen hier eine politische Entscheidung, keine, die von den Juristen vorgegeben wird. Wir wollen dieses Signal nach außen haben.

(Zurufe)

Es geht darum: Was sagen wir und wie handeln wir. Darum geht es uns. Wir sind nicht bereit, meine Damen und Herren, auch wenn Sie sich jetzt ereifern, unseren Antrag zurückzunehmen.

(Der Vorsitzende: Sie nehmen ihn nicht zurück, Herr Cramer!)

Wir möchten als Antragsteller...

(Der Vorsitzende: Wenn 1/5 des Gemeinderates es verweist, haben Sie keine Möglichkeit, es hier zum Antrag zu erheben!)

Stadtrat Cramer (KAL): Das ist das Armutszeugnis dieses Gemeinderates.

(Der Vorsitzende: Das können Sie so sehen!)

Das sieht meine Fraktion so.

Der Vorsitzende: Wir können am Ende noch klären, wer die Verweisung beantragt hat. Ich habe es aber aus den Reihen der SPD gehört, ich habe den Vorschlag der CDU gehört, ich habe es von den Grünen gehört. Das ist mehr als 1/5. Das wäre auch die Mehrheit, wenn wir es hier zur Abstimmung stellen würden. Das brauchen wir aber nicht, weil es schon ausreicht. Insofern sind beide Anträge verwiesen in den Sozialausschuss und in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, und zwar nicht, weil der OB das alleine richtig findet, sondern weil auch eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat es hier so vorgegeben hat.

(Vereinzelter Beifall)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
10. Juni 2014